

10. Ökumenische Sommeruniversität: Klimagerecht leben – weltweit und vor Ort

29. Sept. – 3. Okt. 2013 Hofgeismar

Die ökologische Selbstbestimmung von Emden – eine beinahe unglaubliche Geschichte

Am 11. Juli 2008 wurde auf Initiative des Betriebsrates die **Volkswagen Belegschaftsgenossenschaft für regenerative Energien am Standort Emden** gegründet. Die benötigte Investitionssumme für das VW-Solardach von 300 000 Euro kam innerhalb einer Woche zusammen. Schon 2008 ging die Photovoltaikanlage ans Netz und war im Sommer 2009 bis zu einer Kapazität von 370 kWp (Kilowattpeak) ausgebaut. Die jährliche Einsparung von CO₂ beträgt 190 Tonnen. VW stellte das Fabrikdach für die symbolische Miete von 1 Euro zunächst für 25 Jahre zur Verfügung.

Im Herbst 2009 gründete sich die **Ökumenische Energiegenossenschaft (ÖEG) Baden Württemberg**. Ziel ist es, ungenutzte Dachflächen kirchlicher Einrichtungen (Gemeindehäuser/Kindergärten/Bildungseinrichtungen etc.) für nachhaltige Nutzung energetisch zu erschließen. Im Herbst 2012 waren 8 Solarprojekte bereits realisiert. Der Ertrag dieser Anlagen von fast 250 kWp entspricht einer CO₂ Einsparung von 150 Tonnen. Die Genossenschaftler sind kirchliche Mitarbeiter/innen und Gemeinden. Kirchenleitung und -verwaltung sind eher Bremsklötze (z. B. beim zur Verfügung stellen geeigneter Dächer).

Dies sind 2 Beispiele von etwa **650 bisher in Deutschland gegründeten Energiegenossenschaften**. Die beinahe unglaubliche Geschichte von Emden, in der auch noch der auf kirchliche Initiative hin gegründete **alternative Stromanbieter „die strommixer“** mit inzwischen 10 000 Kunden eine Rolle spielt, setzt sich stürmisch und doch gegen große Widerstände fort.

Thesen

1. Die Energiewende in Deutschland ist mehr als ein politisch und ökonomisch zentral zu steuernder rein technologischer Transformationsprozess in Richtung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz. Darauf reduziert hilft sie, das Klima zu schützen, was sicher ein wesentlicher Fortschritt zur Begrenzung der Erderwärmung ist. Aber sie blendet die soziale Seite dieser Transformation aus.
2. Diese soziale Seite hat eine Reihe von Facetten, die in der öffentlichen Diskussion bisher unterbelichtet bleiben, bzw. bewusst verdrängt werden. Die wichtigsten Facetten sind die Verbreiterung von Beteiligungsformen (s.o.) und dadurch auch Mitverantwortung, die Veränderung von Konsumgewohnheiten durch gemeinschaftliche Nutzung (Sharing) statt nur individuellem Verbrauch, und ganz besonders die weitere Ausgrenzung des einkommensschwachen Teils der Bevölkerung (etwa 15 %) über das Ansteigen von Energiekosten und Mieten (energetische Sanierung von Gebäuden).
3. Klimagerechtigkeit ist nicht nur ein globales Problem, sondern auch eines, das sich im Rahmen der Energiewende bei uns stellt. Ob es sozialpolitisch bearbeitet werden kann,

entscheidet sich wesentlich an der Frage wie zentralistisch oder wie dezentral und in welcher Mischung von beidem die Energiewende umgesetzt wird. Hierbei geht es vor allem um die Verteilung der Rendite aus den Erneuerbaren Energien, die dann eintritt, wenn die gegenwärtigen Investitionen sich amortisieren. Die zentralistische Lösung lässt die bisherigen Finanzströme unbeeinflusst. Dezentralere Formen ermöglichen eher und nachhaltiger Umverteilungsprozesse besonders auch zugunsten sozial Schwacher.

4. Wenn etwa in Emden und Bad Boll darüber diskutiert wird, die anfallenden Gewinne der Genossenschaften nur z.T. (etwa in Höhe der Inflationsrate) auszuschütten und den größeren Teil für soziale Projekte zu verwenden (von Kindergärten bis zu Betriebsrenten), wenn Betriebsräte und Gewerkschaften nicht nur den Produktivitätszuwachs sondern auch die Renditen aus Energieeffizienz in Tarifverhandlungen einbeziehen, wenn Kirchen und Gemeinden sich dem Genossenschaftsgedanken anschließen, wo die Rendite aus Energieanlagen ihren sozialen Projekten zugutekommt, entsteht eine Dynamik, die die soziale Komponente der Energiewende schon immer mit einbezieht.

5. Kirchen sind Großgrundbesitzer, Großverbraucher, Großkapitalanleger, Nutzer und Verwalter riesiger Gebäudekomplexe in vielen tausenden diakonischen, sozialen und Bildungseinrichtungen. Sie betreiben die größten Wohlfahrtsorganisationen dieses Landes. Bei ihnen sind über 1 Million Menschen beschäftigt. Die große Frage ist, wo denn der gesamtkirchliche integrierte Klimaschutz- und Energiewendeplan bleibt, der die technologische und soziale Seite dieses Transformationsprozesses umfasst und das Gestaltungs- und Verwaltungshandeln nicht nur an betriebswirtschaftlichen sondern ebenso an sozial- und schöpfungsgerechten Indikatoren misst. Ich weiß, dass es dazu erste Versuche auf landeskirchlicher Ebene gibt. Sie brauchen jedoch ein Mainstreaming, das sie aus einer additiven Hinzufügung zu all den anderen Aktivitäten erlöst.

6. Ein Pilgerweg für Frieden und Gerechtigkeit, wenn er denn in Busan ausgerufen wird, und transformative Spiritualität auch für Schöpfungsverantwortung und Klimagerechtigkeit freisetzt, kann nicht über ausgetrampelte Pfade führen. Um seiner Glaubwürdigkeit willen wird er das große globale Problem menschengemachter Erderwärmung mit seinen desaströsen Folgen auch lokal neu auswandern müssen. Die Energiewende ist dafür der praktische Testfall.